Netzwerk
Erinnerung + Zukunft
in der Region Hannover e.V.

Newsletter

Berichte – Informationen – Debatte

November 2023

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,
dies kleine Editorial zum Newsletter formuliert oft ein umstrittenes Statement im Rahmen von politischen und erinnerungskulturellen Auseinandersetzungen und Differenzen. Heute mal nicht, denn zum terroristischen Überfall der Hamas auf Bürger*innen Israels am 7. Oktober hat sich das Netzwerk mit dem Aufruf zur und Teilnahme an der Solidaritätskundgebung mit den Opfern dieser barbarischen Attacke am 9. Oktober am Steintor klar positioniert. Es gab kein „Aber“, ein „Aber“ – in welch angeblich solidarischem oder antiimperialistischem Gewand auch immer legitimiert Terror. Es gibt immer noch kein „Aber“ bei der Verurteilung dieses Angriffs zur Vernichtung jüdischer Leben. Dies aus einem einfachen Grund, wie Daniel Cohn-Bendit betont: „Dieses Massaker hätte niemals geschehen dürfen. Im Selbstverständnis der Menschen, die in Israel leben wollen, sind sie dort davor geschützt, dass die Shoah sich nicht wiederholt. Das ist die einfachste, logischste und endgültige Definition für die Existenz Israels. Und genau das ist am 7. Oktober auf eine unvorstellbare Weise gescheitert.“ (SZ v. 28.11.2023) Dass dieser Überfall möglich wurde, dafür trägt Netanjahus Politik der letzten Jahre die Verantwortung. Sie trägt Verantwortung für Möglichkeit die Geiselnahme, sie trägt Verantwortung für die gegenwärtige Kriegsführung in Gaza. Die israelische Gesellschaft wird die Regierung Netanjahu daraus nicht entlassen. Die Zurückweisung eines „Aber“ in dieser konkreten Situation bedeutet allerdings nicht, nicht weiterhin für die Rechte und die Menschenwürde des palästinensischen Volkes einzutreten. Nur – diese werden von dem religiös-ideologisch geprägten Hamas-Regime mit Füßen getreten. Das müssen die Palästinenser regeln, wobei sie jede Unterstützung gegen ihre Unterdrücker aus den eigenen Reihen verdienen. Hier geht es darum, jedem Antisemitismus entgegenzutreten, und dennoch, besser gerade deswegen, darauf zu bestehen, dass auch demonstrative Forderungen für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser im Gaza oder Westjordanland nicht unterdrückt werden. Das Menschenrecht ist unteilbar. Weder Koran noch biblische Mythen können in Nahost Recht setzen. Es gibt die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrats, die zwei Staaten in den Grenzen von 1967 als Recht setzen. Mag es noch so utopisch und illusorisch scheinen: Frieden ohne eine Zwei-Staaten-Lösung wird es nicht geben.
In diesem Newsletter wird die Debatte um die Ukraine fortgesetzt. Das Netzwerk wird mit anderen im Frühjahr in verschiedenen Formaten die Solidarität mit dem ukrainischen Volk fortsetzen.

Ich wünsche im Namen des Vorstands allen angenehme Festtage, einen guten Rutsch und viel Energie für weiteres Engagement in 2024.
Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

Berichte / Meldungen:

- **Sleepless-Finissage**
- **Wachsende Herausforderungen durch den Rechtsextremismus**
- **HannoverKolonial**

Debatte:

- **Ukraine: Was auch zum Ehrlichmachen gehört**

Sleepless-Finissage

Am 2. November wurde die Ausstellung „Sleepless“ mit Arbeiten ukrainischer Künstler*innen im Freizeitheim Vahrenwald auf einer Finissage beendet. Halyna Hartwig von der Kunsthalle FAUST ging mit den zahlreichen Interessierten die etwa zwei Dutzend ausgestellte Bilder durch. Diese Werke, entstanden unmittelbar nach dem Ausbruch des „Großen Krieges“ durch den massiven Überfall Russlands auf die Ukraine, drücken in unterschiedlichen Formen und Perspektiven die Empfindungen und Gemüter ihrer Schaffenden aus: Mal trotzig ironisch, mal erbittert feindselig, mal traurig und der Verzweiflung nah, spiegeln sie die gesellschaftliche Realität in der Ukraine unmittelbar nach dem 24. Februar 2022 wieder. Mit einem musikalischen Kommentar von Masha Kashyna endete dieser anregende Ausstellungsrundgang. Die Ausstellung wird in erweiterter Form ab April im Bildungsverein Hannover wieder zu sehen sein.
PS

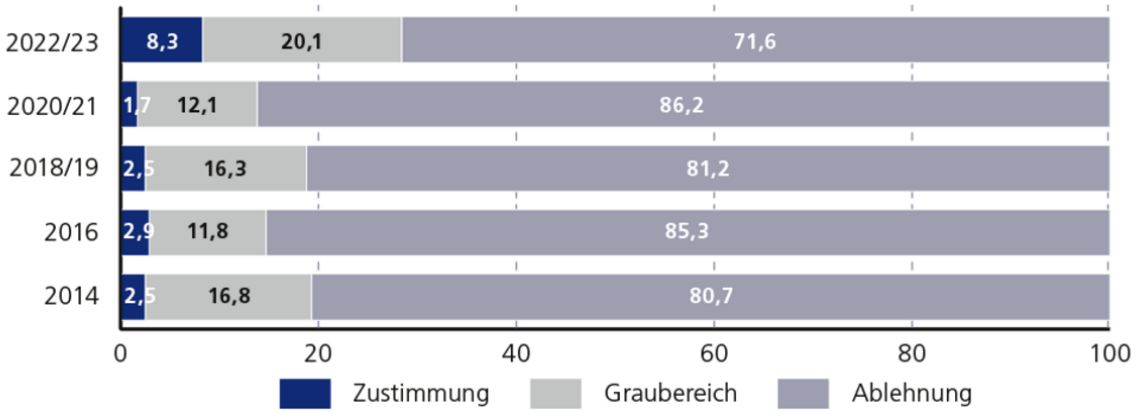
Wachsende Herausforderungen durch den Rechtsextremismus

„[K]ein Randproblem?! Extrem Rechte Ideologien als Gesamtgesellschaftliche Herausforderungen“ lautet der Titel der Regionalkonferenz, zu der die Betroffenenberatung Süd und die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Süd für Samstag, 18.11.2023 ins Freizeitheim Vahrenwald eingeladen haben. Knapp einhundert Aktivitst*innen und Interessierte von Gifhorn bis Göttingen, von Hamel-Pyrmont bis Helmstedt trafen sich zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch, zu Beschreibung und Analyse sich verändernder gesellschaftlicher Zustände. Zum Auftakt erläuterte Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein als Koautorin wesentliche Ergebnisse der neue FES-Studie „Die distanzierte Mitte. Rechtsextremismus und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/2023“ (https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023)

In seinem einleitenden Artikel verweist Andreas Zick dort auf den Sinn dieser und der vorangehender Studien: „Krisenzeiten sind Zeiten, in denen sich Menschen politisch bewegen und neu positionieren. Und diese Positionierung kann aus der Mitte heraus ‚nach rechts' verlaufen. Ob das passiert und was die Gründe sein konnten, ist das Hauptinteresse der Mitte-Studien. … Damit ist das zentrale Thema der Mitte-Studie 2022/23 umschrieben. Sie erkundet auf der Grundlage einer Bevölkerungsbefragung, inwiefern vor dem Hintergrund der Krisensituation die Distanzierung der Mitte von demokratischen Grundprinzipien, Bewältigungs- und Umgangsmechanismen sowie der Demokratie selbst erfolgt. (Zick, S., 21, 29)

Beate Küpper skizzierte anhand von Schaubildern aus der Studie, in welche Richtung sich Einstellungen zu zentralen Fragen demokratischer Denk- und Handlungsweise verändert hätten.

Manifest rechtsextremes Weltbild in Deutschland 2014–2023 (Angaben in Prozent) **Abb. 3.4**

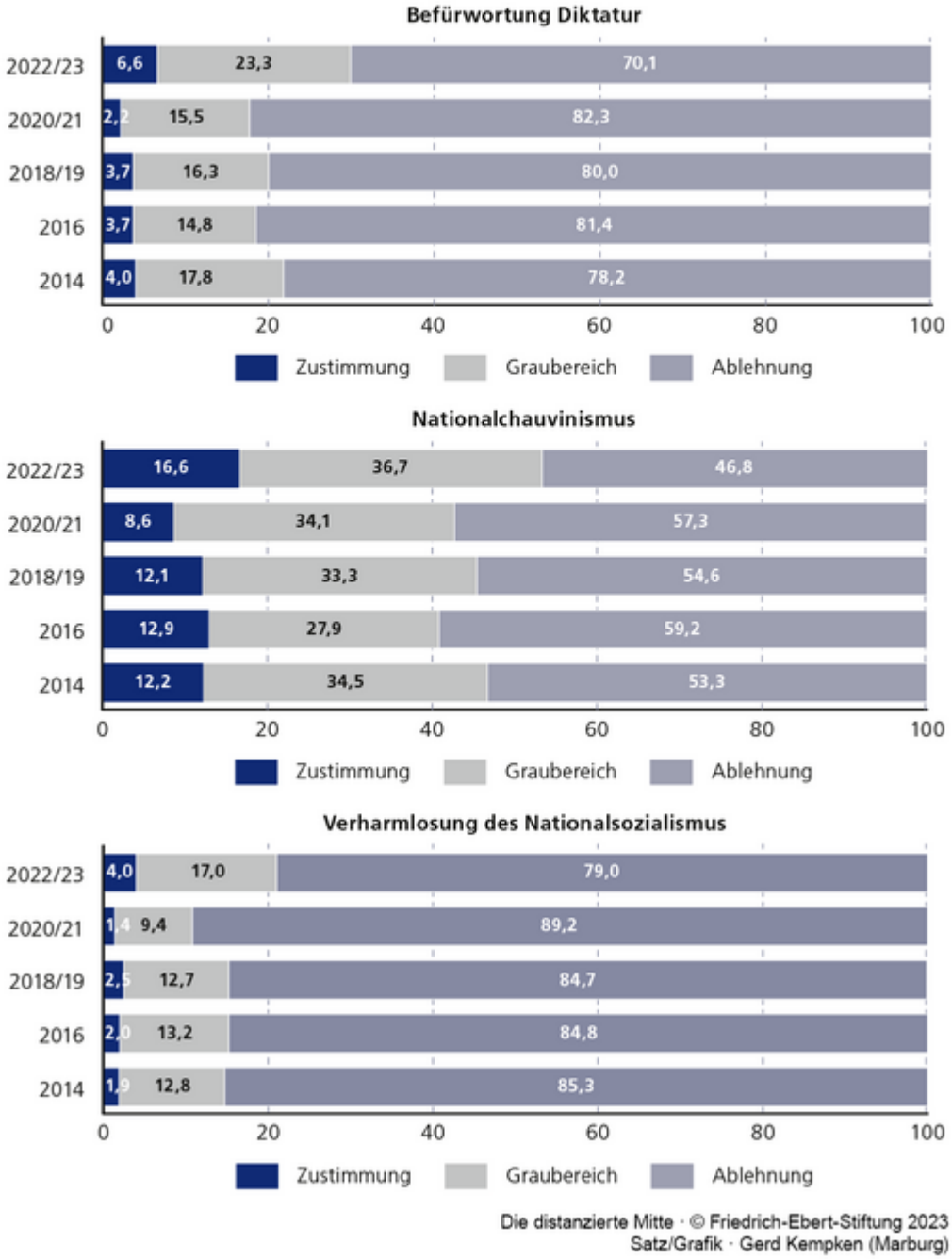


Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Wenn bei einem Viertel der Befragten ein rechtsextremes Weltbild diagnostiziert wird, ist dies ein Alarmzeichen, das vielen der Anwesenden allerdings aus ihrer praktischen Erfahrung nicht fremd ist. Wenn 70 Prozent der 2000 repräsentativ Befragten eine Diktatur ablehnt und 79 Prozent gegen eine Verharmlosung des Nationalsozialismus votiert und gleichzeitig Nationalchauvinismus von über der Hälfte gepflegt wird, dann drücke sich in diesen Verschiebungen der Einstellungen seit den letzten zehn Jahren, der Versuch aus, in wahrgenommenen Krisenzeiten demokratischen Verfahren und Einstellungen den Rücken zu kehren.

Entwicklung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland von 2014 bis 2022/23

Politisch-historische Dimensionen rechtsextremer Einstellungen in Deutschland 2014–2023 (Angaben in Prozent) **Abb. 3.2**



Die distanzierte Mitte · © Friedrich-Ebert-Stiftung 2023
Satz/Grafik · Gerd Kempken (Marburg)

Grafiken aus: ([https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023)](https://www.fes.de/referat-demokratie-gesellschaft-und-innovation/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie-2023)

Auffällig und besorgniserregend sei die Beobachtung, dass bei den jüngeren Jahrgangskohorten (bis 30 Jahre) der Hang zu Autoritarismus und Sozialchauvinismus deutlich zugenommen habe. Die Subjektivismus- und Antisolidarisierungsideologie des seit Jahrzehnten die Gesellschaft durchdringenden neoliberalen Weltbilds fände hierin wohl seinen Ausdruck.

Die seit Jahren in diversen Studien immer wieder beobachtete Anfälligkeit der schwer definierbaren gesellschaftlichen Mitte für demokratieferne Einstellungen setzt sich nun fort. Sie manifestiert sich politisch im Wahlverhalten, denn eine Wahlzustimmung zur AfD ist ein bewusster Akt der Distanzierung von demokratischen Gepflogenheiten. Es wird zunehmend ungemütlich.
Das wurde dann auch in den sich anschließenden Panels deutlich. Eines befasste sich mit dem Thema „Antifeminismus und Queerfeindlichkeit als Scharnier autoritärer Milieus“, ein anderes mit den Bedrohungen, denen zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit ausgesetzt ist. In dem vom Autor dieser Zeilen besuchten Workshop gab Andrea Röpke einen kenntnisreichen Einblick in die gegenwärtig in der Region aktiv auftretenden demokratiefeindlichen Bestrebungen. Sie entwirrte dabei die persönlichen und organisatorischen Verbindungen zwischen verschwörungsideologischen Gruppen, den Reichsbürgern, Gruppen wie der Anastasia-Bewegung, alten NPD-Kadern und der AfD. Röpkes aufwändige und detaillierte Recherchen, teils innerhalb solcher Gruppierungen, können hier gar nicht nachgezeichnet werden. Ohne Panik zu proklamieren: diese Figuren schwirren überall in der Region herum, sie kennen und sie stützen sich – ihnen erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen und Gegenwehr zu organisieren, ist ein Gebot über die Stunde hinaus.
PS

HannoverKolonial

Mit einer Finissage im ZeitZentrum Zivilcourage endete die seit März laufende Ausstellung „HannoverKolonial – erinnert? vergessen? kritisiert?“ im Untergeschoss des Gebäudes. Initiiert und getragen von Studierenden und Lehrenden des Masterstudiengangs Atlantic Studies in History, Culture, Society an der Leibniz Universität hat diese Fotoausstellung zu und über Spuren von hannoverscher Kolonialvergangenheit erheblich dazu beigetragen, dass dies seit Jahren schwärende Thema in ein Format fortgeschritten ist, das Hoffnung zu produktiver Weiterarbeit macht. Denn im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung konnten eine Reihe von Menschen aus erinnerungspolitisch aktiven Initiativen gewonnen werden. „Ihre Perspektiven machen deutlich, dass koloniale Kontinuitäten unser gesellschaftliches Leben bis heute prägen und uns alltäglich umgeben. Sie sind vor allem Realität für Schwarze, afrodiasporische und (post)migrantische Menschen, die nach wie vor von Diskriminierung und Rassismus betroffen sind“, heißt es im Begleitflyer zur Ausstellung. Und so waren an diesem Abend Innawa Bouba (Colours of Climate), Brenda Davina (Afrosources, Daniela Kalifa (Generation Postmigration, Eby Bakari Tangara (Afrikanischer Dachverband Nord) und andere Beteiligte auf dem Podium vertreten, auf dem Aufgaben und Perspektiven der zukünftigen Arbeit besprochen wurden. Dekolonisation wird nun auch als politische, in Verwaltungsstrukturen gegossene Aufgabe der Stadt Hannover wahrgenommen. Ein vom Rat der Stadt berufenes Sachverständigengremiun nimmt sich der Aufgabe an, im ZeitZentrum hat Brenda Davina auf einer neu geschaffenen Stelle für dieses Gebiet ihre Arbeit aufgenommen. Zehn Jahre gebe sie dem Prozess der Verwirklichung dieser Aufgabe. Die anderen Aktivist*innen schlossen sich unter dem aufmunternden Beifall der etwa 60 Teilnehmenden dieser Perspektive an.
PS

Ukraine: Was auch zum Ehrlichmachen gehört

Im vorletzten Newsletter hat Wilfried Gaum in der von Peter Schyga angestoßenen Debatte zum Ukraine-Krieg Stellung bezogen. Zu Recht hat er dabei auf die Probleme in der Ukraine hingewiesen und den Standpunkt vertreten, dass Frieden die Voraussetzung für Reformen in der Ukraine ist.

Dafür steht symbolisch wohl kaum etwas besser als die Tatsache, dass sich der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erst kürzlich gegen Präsidentschaftswahlen während des Krieges ausgesprochen hat. Aber auch am von Gaum erwähnten Beispiel der Korruption wird das deutlich: im Korruptionsranking von Transparency International lag die Ukraine 2022 auf Platz 116. Man kann hier zwar Verbesserungen erkennen – der von Transparency International ermittelte Kennwert lag 2012 noch bei 26, 2022 bei 33 (zum Vergleich: Spitzenreiter 2022 war Dänemark mit einem Wert von 90).[1] Doch ist nicht jedes Mittel im Kampf gegen die Korruption auch angebracht: das Oligarchen-Gesetz, das bereits 2021 beschlossen wurde, wird unter anderem kritisiert, weil es sich gegen Petro Poroschenko, einen politischen Gegner des derzeitigen Präsidenten richten könnte. Dessen Ankündigung, Korruption während des Krieges als Verrat zu behandeln, ist freilich noch viel problematischer. Verlagert sich damit doch die Zuständigkeit für die Korruptionsbekämpfung von einer unabhängigen Behörde zum dem Präsidenten unterstellten Geheimdienst. Die Gefahr besteht, dass der Kampf gegen Korruption instrumentalisiert und gegen politische Gegner eingesetzt werden könnte. Dieses Beispiel zeigt, dass Gaum recht hat: Frieden ist eine Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung der Ukraine.

Zur Demokratisierung der Ukraine sollte übrigens auch erinnerungskulturelle Arbeit gehören. Wenn der ehemalige ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrej Melnyk, den nationalistischen Verbrecher Stepan Bandera verteidigt und eine Distanzierung von ihm abgelehnt hat, dann ist das bedenklich. Aber zum Faschisten macht es Melnyk noch nicht. Es wäre mir auch neu, dass Melnyk während seiner Amtszeit in Deutschland als Rechtsextremist, Antisemit oder ähnliches aufgefallen wäre. Eine solche positive Bezugnahme, wie sie vor allem im Westen der Ukraine zu finden ist, ist daher wohl vor allem als Ausdruck des Verdrängens von OUN-Verbrechen zu sehen.[2] Wir sollten auch vorsichtig sein, aus dieser historischen Ignoranz gegenüber nationalistischen Verbrechen einen weit verbreiteten Rechtsextremismus in der Ukraine abzuleiten. Schon bei den Majdan-Protesten 2014 wurden die Sichtung eines Bandera-Porträts und nationalistischer Symbole herangezogen, um einen starken rechtsextremen Einfluss zu behaupten. Bei den folgenden Wahlen hat sich dieser Einfluss jedoch nicht bestätigt: die entsprechenden Parteien erhielten nur geringe Stimmanteile.[3] Dieses Verdrängen, einhergehend mit einer Heroisierung,

---

[1] https://www.transparency.de/cpi/cpi-2022/cpi-2022-tabellarische-rangliste, 05.11.2023.

[2] Dies ist auch bei Melnyk zu erkennen (dazu: Botschafter Melnyk provoziert erneut mit Äußerungen über ukrainischen Nationalisten, Spiegel Online, 30.06.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/ukraine-andrij-melnyk-provoziert-mit-verharmlosung-von-stepan-bandera-a-e725328d-eba2-4f40-a865-b58a67d13804>, Stand: 05.11.2023.).

[3] Schubert, Christiane; Templin, Wolfgang: Dreizack und Roter Stern. Geschichtspolitik und historisches Gedächtnis in der Ukraine, Bonn 2015 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 1065),

eröffnet Rechtsextremisten allerdings Möglichkeiten, um ihre Positionen zu legitimieren: „Wenn Schuschkjewitsch und Bandera so ehrenhaft waren und die mit ihnen verbundene Tradition so positiv, warum sollten dann deren Nachfahren schlecht sein?“[4] Und genau deshalb sollte die Geschichtspolitik und die Erinnerungskultur in der Ukraine weiterhin kritisch betrachtet werden. Denn ukrainische Nationalisten und Nationalistinnen sowie Rassistinnen und Rassisten könnten den Krieg für den Versuch nutzen, um ihre Position zu stärken. Da sollte ihnen eine Legitimierung aus der Geschichte heraus so schwer wie möglich gemacht werden.

Gaum beschäftigt sich auch mit der Frage, ob auch mit Diktaturen Frieden möglich ist. Mit Blick auf die Sowjetunion kann er die Frage bejahen und fragt, „wieso soll das jetzt nicht gehen mit einem Diktator Putin?“ Dabei übersieht er jedoch die veränderten Umstände. Entwickelte sich die Sowjetunion nach Stalins Tod zu einer Status-Quo-Macht, handelt es sich heute bei Putin um einen Revisionisten, der die bestehende Weltordnung zugunsten Russlands verändern will. Das stellt die Welt vor ganz andere Herausforderungen.

Um seine Position zu untermauern, stellt Gaum noch eine weitere Frage: „Warum war es 1955 möglich, dass sowjetische Truppen aus Österreich abzogen, weil das Land sich zur Neutralität verpflichtete?“ Das scheint für Gaum nur eine rhetorische Frage zu sein; vielleicht meint er, das Vorbild Österreichs 1955 könnte als Modell für die heutige Ukraine dienen. Doch dazu sollte die Frage auch beantwortet werden.

In Wien gab es zwar eine Regierung für das ganze Land, womit Österreich einen „Vorsprung an Staatlichkeit“ (Manfried Rauchensteiner) gegenüber Deutschland hatte, doch war die Frage nach der alliierten Besatzung des Alpenstaates ein Anhängsel der Deutschlandpolitik. So ging es der Sowjetunion bei ihrem Angebot des Truppenabzugs gegen österreichische Neutralität darum, einen Modellfall zu bieten, dem auch die Bundesrepublik hätte folgen können. Moskaus Ziele waren dabei eine westdeutsche Wiederbewaffnung und Westbindung zu verhindern oder zumindest zu verzögern.[5]

Dieses Szenario ist auf die Ukraine heute aber nicht mehr anwendbar. Die Sicherheitsgarantien, die es braucht, um einen Status der Neutralität zu gewährleisten, hat die Ukraine ja gehabt. Oft ist doch das Budapester Memorandum von 1994 erwähnt worden. Es hat nur weder die Besetzung der Krim und die Gründung vermeintlicher Volksrepubliken im Donbass 2014 noch den Überfall im letzten Jahr verhindert.

Gaum geht in seinem Artikel auf die Sicherheitsinteressen Russlands ein. Er spricht von „Wortbruch“, wenn es um die Osterweiterungen der NATO geht. Solche Überlegungen wurden von der US-Regierung bereits im Februar 1990 fallen gelassen. Am Leben gehalten wurden sie von Genscher. Auch von Diplomaten der unteren Ebenen wurde diese Position noch verwendet – etwa als Hilfsmittel bei den Verhandlungen. Offizielle Position der Regierungschefs war sie allerdings nicht mehr. Und: Für wie naiv müssen wir denn die

---

S. 196–197. Zu den Gruppen, die den Euro-Majdan trugen, sowie zur Rolle von Rechtsextremen: Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, München 2022[7], S. 347–349.

[4]Schubert; Templin: Dreizack, 2015, S. 186–187.

[5]Bruckmüller, Ernst: Österreichische Geschichte. Von der Urgeschichte bis zur Gegenwart, Wien - Köln - Weimar 2019, S. 581–582. Ausführlicher: Gehler, Michael: Der Staatsvertrag, die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Frage 1947/49-1955, in: Rauchensteiner, Manfried; Kriechbaumer, Robert (Hg.): Die Gunsst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität, Wien - Köln - Weimar 2005 (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr. Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg 24), S. 379–431. Zitat: Ebd., S. 380.

sowjetischen Diplomaten 1990 halten, wenn sie sich auf ein Gentlemans Agreement eingelassen haben sollten, anstatt die Zusage in einen völkerrechtlich bindenden Vertrag hinein zu verhandeln?[6]

Wenn Putin wirklich der Meinung ist, in der Ukraine einen Verteidigungskrieg gegen die NATO zu führen, dann hat er sich damit ins eigene Fleisch geschnitten. Im Norden wird die NATO jetzt um Schweden und Finnland erweitert.[7] Verständlich wird die schwedische und finnische Entscheidung, wenn man erkennt, dass sie sich von Russland bedroht fühlen.[8] Mit Blick auf die NATO-Osterweiterung würde hier auch der russischen Seite erinnerungskulturelle Aufarbeitung gut zu Gesicht stehen. Entscheidend ist die Perspektive der Staaten einzunehmen, die der NATO beitraten. Warum haben sie das getan? Haben dabei historische Erfahrungen mit russischer oder sowjetischer Aggression eine Rolle gespielt? Putin hat dabei eklatant versagt. Man denke nur an seinen Aufsatz zu den seiner Meinung nach aus dem Zweiten Weltkrieg zu ziehenden Lehren,[9] in dem er die Rolle der Sowjetunion in der ersten Phase des Krieges und die von ihre ausgehenden Aggressionen gegen vermeintlich „kleine Staaten“ massiv beschönigt.

Allgemein sollten wir die Perspektiven aller Gesellschaften gleichermaßen ernst nehmen, auch wenn wir dabei immer einen kritischen Blick behalten müssen. Es gibt nicht „große Staaten“ mit mehr Berechtigung, ihre Interessen geltend zu machen, und „kleine“ mit weniger Recht dazu. Die vermeintliche „Größe“ (basierend etwa auf Bevölkerungszahl oder wirtschaftlicher oder militärischer Stärke) führt nur zu einem Mehr oder Weniger an Mitteln zur Interessensdurchsetzung. Weniger begünstigte Staaten suchen dann eben gern die Nähe zu „größeren“.

Hier sei einmal auf die Kubakrise 1962 verwiesen. Die wurde in den Diskussionen über russische Sicherheitsinteressen und die angebliche Verlogenheit des Westens ja gerne angeführt. Ja, die amerikanischen Raketen mögen damals die UdSSR früher bedroht haben als die sowjetischen die USA. Aber zwei entscheidende Akteure schienen mir dabei übersehen worden zu sein: die Türkei und Kuba. Konnten die USA beziehungsweise die Sowjetunion ihre Raketen einfach so in diesen beiden Ländern stationieren? Oder hatten die

---

[6]Dazu die Rezension zu Mary Elise Sarottes Buch „Nicht einen Schritt weiter nach Osten. Amerika, Russland und die wahre Geschichte der Nato-Osterweiterung“ (München 2023) in der FAZ vom 14.11.2023. Außerdem das Interview mit Sarotte: „Die Ukraine im Stich gelassen“, taz.de, <https://taz.de/Historikerin-ueber-Nato-Osterweiterung/!5961608/>, Stand: 05.11.2023. Sarotte sagt dort: „Ich bin der Meinung, was am Ende im Vertrag steht, ist wichtig. Wir reden hier nicht von unerfahrenen Menschen oder Kindern. Wir reden von internationalen Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen, es ging um sehr viel, um die Einheit Deutschlands, des ehemaligen Nazideutschlands. Die sowjetischen Diplomaten haben das damals nicht vergessen aufzuschreiben. Moskau hat den Vertrag unterschrieben, ratifiziert und die Überweisungen dafür erhalten. Sie bekamen ja 15 Milliarden D-Mark. Auf Englisch würden wir sagen: *They cashed the cheque.* Das vergisst Putin immer.“

[7]Interessanterweise meinte Putin dazu: „Wir haben mit Schweden und Finnland keine Probleme, wie wir sie mit der Ukraine haben.“ Das lässt zumindest hellhörig werden, was die Behauptung angeht, eine Abwehr gegen die NATO wäre der Grund für den russischen Angriffskrieg.

[8]Das Oberhaupt der schwedischen Kirche hat in diesem Zusammenhang die Ausweitung der Friedhofskapazitäten angeordnet (Weltspiegel: Schweden: Frische Gräber für den Ukrainekrieg, ARD Mediathek, 13.08.2023, <https://www.ardmediathek.de/video/weltspiegel/schweden-frische-graeber-fuer-den-ukrainekrieg/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRlL3dlbHRzcGllZ2VsL2Y3MjMyMjgzLWJiYWUtNDdlNi1iYjYwLTg0MjM3ODg3ZDJjNQ>, Stand: 18.11.2023.).

[9]Putin, Wladimir: 75. Jahrestag des Großen Sieges: Gemeinsame Verantwortung vor Geschichte und Zukunft, Botschaft der Russischen Föderation, 19.06.2020, <https://russische-botschaft.ru/de/2020/06/19/75-jahrestag-des-grossen-sieges-gemeinsame-verantwortung-vor-geschichte-und-zukunft/>, Stand: 04.12.2022.

vielleicht ein eigenes Interesse daran? Die Bedrohung von Castros Kuba durch die USA muss wohl nicht näher ausgeführt werden. Die Erwähnung des Stichwortes „Invasion in der Schweinebucht“ dürfte genügen. Die Umstände, die zum türkischen NATO-Beitritt führten, seinen jedoch kurz erläutert: Bereits am 7. Juni 1944 forderte der russische Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Wjatscheslaw Molotow, von der Türkei die Abtretung zweier Provinzen, die Einrichtung sowjetischer Stützpunkte in den Meerengen und privilegierte Durchfahrtsrechte durch diese für die sowjetische Marine. Der türkische NATO-Beitritt war eine Reaktion auf diese sowjetischen Forderungen und Drohungen.[10]

Aber zurück zur Ukraine: Hier muss zumindest noch ein letzter Punkt behandelt werden: Wie eingangs festgestellt, ist Frieden eine Bedingung für Reformen in der Ukraine, die die Demokratisierung des Landes forcieren und einen EU-Beitritt ermöglichen würden. Nun hat Gaum nicht nur übersehen, dass es einen Unterschied zwischen der UdSSR und Putins Russland als Akteure auf internationaler Ebene gibt, sondern auch unterlassen, sich zu fragen, ob Putins Vorstellungen für die Ukraine mit einer Demokratisierung kompatibel wären.

In Russland selbst hat Putin das System einer „Vertikalen der Macht“ etabliert. Die Exekutivgewalt wurde gestärkt und zentralisiert, die Duma geschwächt und ein Spektrum von nur scheinoppositionellen Parteien etabliert.[11]

Eine Demokratisierung der Ukraine kann daher für Putin eine Gefahr darstellen – als Beispiel für eine russische Demokratiebewegung – und als solche nimmt er sie auch wahr: Putin fürchtet, eine demokratische Ukraine könnte sein eigenes autokratisches Regime gefährden.[12] Ein Blick nach Belarus, wo Putin dem Autokraten Lukaschenko beim Machterhalt geholfen hat,[13] lässt wenig Hoffnung, dass eine Ukraine unter seinem Einfluss wirklich ein demokratischerer und freiheitlicherer Staat werden würde.

Hinzu kommt, dass Putin die Ukraine zur „russischen Welt“ (*russki mir*) zählt, in der Russland seinen Einfluss wiederherstellen solle.[14] Die ukrainische Perspektive nimmt er nicht ernst. Ukrainerinnen und Ukrainer, Russinnen und Russen sowie Belarussinnen und Belarussen gehören für ihn zusammen. Bei der Analyse der Ursachen für die (vor dem Überfall 2022) bestehende Trennung der Ukraine von Russland erwähnt er zwar „eigen[e] Fehler“, aber letztlich sieht er die spaltende Wirkung ominöser „Kräfte“.[15] Mir wäre neu, wenn Putin von dieser Vorstellung einer *russki mir* abgerückt wäre.

---

[10]Reinkowski, Maurus: Geschichte der Türkei. Von Atatürk bis zur Gegenwart, Bonn 2022 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung 10808), S. 182–183.

[11]Figes: Geschichte Russlands, 2022, S. 373–374.

[12]Ebd., S. 391.

[13]Nicht zu vergessen seine Unterstützung für Assad in Syrien.

[14]Figes, Orlando: Eine Geschichte Russlands, Stuttgart 2022, S. 387–388.

[15] Putin, Wladimir: Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern, Grams IT, 12.07.2021, <https://grams-it.com/cms/blog/putins-manifest-ueber-die-historische-einheit-von-russen-und-ukrainern>, Stand: 04.12.2022. Hier: „Zunächst möchte ich betonen, dass die Mauer, die in den letzten Jahren zwischen Russland und der Ukraine entstanden ist, zwischen den Teilen eines im Wesentlichen gleichen historischen und spirituellen Raums, meiner Meinung nach unser großes gemeinsames Unglück und unsere große Tragödie ist. Dies sind in erster Linie die Folgen unserer eigenen Fehler, die wir zu verschiedenen Zeiten gemacht haben. Aber sie sind auch das Ergebnis bewusster Bemühungen jener Kräfte, die schon immer versucht haben, unsere Einheit zu untergraben. Die Formel, die sie anwenden, ist seit jeher bekannt – Teile und herrsche. Hier gibt es nichts Neues. Daher die Versuche, mit der ‚nationalen Frage‘ zu spielen und Zwietracht unter die Völker zu säen, wobei das übergeordnete Ziel darin besteht, die Teile eines einzigen Volkes zu spalten und dann gegeneinander auszuspielen.“

Dies wäre allerdings notwendig, um einen gerechten Frieden zu erlangen. Ein Frieden, in dem alle Akteure Raum finden, ihre Perspektiven, Meinungen und Interessen einzubringen (wobei diese aber nicht unkritisch übernommen werden sollten oder unwidersprochen bleiben müssten). Ein Frieden, in dem kein Staat das Existenzrecht des anderen in Frage stellt. Ein Frieden, in dem jede Gesellschaft zumindest die Möglichkeit zu demokratischer Entfaltung hat, ohne dass andere Staaten dies zu verhindern suchen.
Fabian Lehmker

Impressum
Der Newsletter erscheint zum Ende jedes ungeraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 27. November 2023. **Redaktionsschluss des nächsten Newsletters ist der 25. Januar 2024.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS
Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/ 67437122;
erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de

wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.